Bundestag: Weiterbildung fördern!

Die Rahmenbedingungen für das sogenannte Lebenslange Lernen sollen verbessert werden. Das beschloss der Bundestag am 29. Mai. In dem Antrag von CDU/CSU und SPD, der gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet wurde, wird die Bundesregierung aufgefordert, die Weiterbildung umfassend zu stärken. Insbesondere geht es darum, ein nationales Weiterbildungsziel zu setzen und eine gemeinsame Strategie für eine deutliche Anhebung der Weiterbildungsbeteiligung der Erwerbstätigen zu verfolgen.
Gefordert wird zudem eine »neue Weiterbildungsallianz« des Bundes mit den Ländern, Sozialpartnern und weiteren verantwortlichen Akteuren. Eine bundesweite Weiterbildungskampagne soll außerdem die Bedeutung des lebenslangen Lernens unterstreichen und das Bewusstsein dafür in der Bevölkerung schärfen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Weiterbildung als »tragenden Teil des Bildungssystems« zu verankern und zu prüfen, ob sie bundeseinheitlich systematisch gefördert werden könne. Als Ziel wird angestrebt, bis 2015 eine Beteiligung der Erwerbsbevölkerung von 50 Prozent in der »formalisierten Weiterbildung« und 80 Prozent in allen Lernformen zu erreichen. Deutlich erhöht werden soll ferner die Beteiligung von Geringqualifizierten an allen Formen der Weiterbildung. Der Bundestag verlangt von der Regierung außerdem, die Weiterbildungsforschung zu stärken, die Empfehlungen der Expertenkommission »Finanzierung Lebenslanges Lernen« zu berücksichtigen und in der Projektförderung einen Schwerpunkt auf Geringqualifizierte und Benachteiligte zu setzen.

Bildungspolitik

Zur Lage der Weiterbildung

Zum aktuellen Stand der Bildungspolitik

Das Jahr 2008 hat in den ersten Monaten einige Initiativen und Stellungnahmen zur Entwicklung der Bildungslandschaft in Deutschland gebracht, gerade auch mit Blick auf die Belange der Weiterbildung/Erwachsenenbildung. Dazu hier ein kleiner Überblick.

Innovationskreis und KAW

An erster Stelle sind die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf zu nennen. Sie wurden von einem Expertenkreis erarbeitet, der beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) angesiedelt war. Die Empfehlungen, die Ende Februar 2008 vorgelegt wurden, haben eine Reihe von Reaktionen aus der Bildungsszene hervorgerufen (siehe den Beitrag von Ralph Bergold in diesem Heft). Eine Stellungnahme, die eine gemeinsame Position der gesamten Weiterbildungsszene formuliert, hat bereits frühzeitig der Rat der Weiterbildung – KAW abgegeben, der seit Anfang 2008 mit neuer Struktur und Leitung tätig ist (vgl. EB 1/08).
Neuer KAW-Vorsitzender ist jetzt Professor Rudolf Tippelt (Universität München), Christian Lucas (Verein Deutscher Privatschulen) und Markus Tolksdorf (Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung – KBE) sind seine Stellvertreter. Die neue Leitung tritt die Nachfolge von Hans Ulrich Nordhaus, Theo W. Länge und Andreas Seiverth an, die nicht mehr kandidierten. Der Rat der Weiterbildung – KAW ist ein Kreis von Sachverständigen für die Kommunikation und Kooperation der einschlägigen Bildungsträger, Verbände und Organisationen; er berät über fachliche Fragen und beteiligt sich auch an der Politikberatung. Seine Anfänge gehen auf die Konzertierte Aktion Weiterbildung (KAW) zurück, die in den 1980er Jahren gegründet wurde. Die Geschäftsführung des Gremiums liegt jetzt bei der KBE (Joachimstraße 1, 53123 Bonn, Tel.: 0228/90247-12, E-Mail: kbe@kbe-bonn.de).

Qualifizierungsinitiative

Die Kultusministerkonferenz und das Bildungsministerium haben am 6. März 2008 im Rahmen der »Qualifizierungsinitiative für Deutschland« Schwerpunkte gemeinsamer Verantwortung festgelegt. Die Qualifizierungsinitiative hatten die Regierungschefs von Bund und Ländern im Dezember 2007 auf den Weg gebracht. Da die Qualität von Bildung und Ausbildung die Basis der persönlichen Lebenschancen jedes Einzelnen, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und des sozialen Zusammenhaltes der Gesellschaft sei, wollen Bund und Länder in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen den Weg zum Ausbau von frühkindlicher Betreuung und Bildung, gemeinsamen Bildungsstandards und vergleichbaren Abschlüssen (siehe unten), zu nationalen und internationalen Leistungsvergleichen, zu mehr individueller Förderung, besserer Unterrichtsqualität und mehr Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen sowie der strukturellen Weiterentwicklung der beruflichen Bildung beschreiten.
Die deutschen Bildungspolitiker wollen damit auf die internationalen Vergleichsstudien reagieren, denn diese zeigten im Ergebnis, »dass in Deutschland erhebliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind, um alle Begabungen zur Entfaltung zu bringen

und Aufstiegschancen für jeden zu eröffnen.« (Pressemeldung KMK/BMBF) Die demographische Entwicklung, der wachsende Fachkräftebedarf und die Notwendigkeit von mehr Integration und Durchlässigkeit erforderten rasche Weichenstellungen. Bund und Länder hätten dafür unterschiedliche Zuständigkeiten, aber eine gemeinsame Verantwortung. Bis zum Herbst dieses Jahres sollen entsprechende Maßnahmen ausgearbeitet werden. Dabei geht es natürlich vorrangig um Fragen der beruflichen (Weiter-)Bildung. Im Aufgabenkatalog der Initiative stehen aber auch Punkte wie die Förderung von Migranten zur Verbesserung ihrer Ausbildungschancen und ihrer Studierfähigkeit oder eine Bund-Länder-Initiative für den Ausbau von Weiterbildungsangeboten an Hochschulen, u.a. mit gezielten Angeboten für bestimmte Berufsgruppen.

OECD

Was die internationalen Vergleichsstudien betrifft, so ist eine der wichtigsten Instanzen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Alle eineinhalb bis zwei Jahre liefert die OECD eine umfassende Analyse der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer, der Eurozone und einiger größerer Drittstaaten. Die Wirtschaftsberichte enthalten konkrete Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik des untersuchten Landes und spiegeln den Konsens der OECD-Mitgliedsländer wider. Im April 2008 wurde der neue OECD-Wirtschaftsbericht vorgelegt. Ein Schwerpunkt des Berichtes 2008 für Deutschland war die Bildung. So konnte OECD-Generalsekretär Angel Gurría feststellen, »dass Deutschland sich der Bedeutung der Bildung bewusst ist und weitreichende Reformen durchgeführt hat«, betonte aber auch, dass schwächere Schüler im internationalen Vergleich in der Regel schlecht abschneiden und dass der sozioökonomische oder Migrationshintergrund einen starken Einfluss auf die Ergebnisse hat.

Hauptkritikpunkte sind erneut die zergliederte deutsche Schulstruktur, die frühe Schulselektion sowie die geringe Anzahl von Hochschulabsolventen im Vergleich zum OECD-Durchschnitt. Die Politikempfehlungen für den Bildungsbereich richten sich deshalb auf die Erhöhung der Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, auf die Verbesserung der Erzieher- und Lehrerqualität, auf eine Revision des dreigliedrigen Schulsystems und schließlich auf eine attraktivere Gestaltung der Hochschulbildung wie eine stärkere Ausrichtung an den Erfordernissen des Arbeitsmarkts. Die Bildungsaufgabe wird in dem OECD-Wirtschaftsbericht natürlich – dem Auftrag der Institution gemäß – im Kontext von Beschäftigungsfähigkeit und beruflicher Qualifizierung thematisiert.

Bildungstrends

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung hat zum April 2008 seine »Trendanalyse 2008« veröffentlicht (siehe die Rezension von Markus Tolksdorf unter MATERIALIEN). Aus diesem Anlass hatte das Institut, das Ende 2007 sein 50-jähriges Bestehen feierte (vgl. EB 1/08), zu einem Pressegespräch nach Bonn geladen. Das Gespräch, das von Institutsleiter Prof. Ekkehard Nuissl und DIE-Redakteur Dr. Peter Brandt moderiert wurde, sowie die Veröffentlichung im W. Bertelsmann Verlag stießen auf große Resonanz. Dies zeigt, dass der öffentliche Nachdruck, der durch die verschiedenen öffentlichen Statements auf die Bildungsaufgabe gelegt wird, auch der Weiterbildung zugutekommen kann, wenn sie sich mit ihren Belangen ins Gespräch bringen will.

Die Trendanalyse des DIE bestätigt Erfahrungen und Standortbestimmungen, wie sie in der Erwachsenenbildungsszene seit einiger Zeit anzutreffen sind. Sie bestätigt, kurz und knapp gesagt, die soziale Schieflage, die auch das Weiterbildungssystem in Deutschland prägt. So sinkt das Gesamtfinanzierungsvolumen für die Weiterbildung stetig bei steigenden Teilnehmergebühren, was Bildung zunehmend zu einer Sache der Berufe macht, in denen man sich die Finanzierung leisten kann. Parallel läuft der Abbau von Maßnahmen für (Langzeit-)Arbeitslose, die über die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden – eine Entwicklung,

Deutscher Weiterbildungstag am 26. September

2007 wurde der erste deutsche Weiterbildungstag unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Köhler abgehalten (siehe im Netz: www.deutscher-weiterbildungstag.de). Es handelte sich um eine gemeinsame Initiative des Bundesverbands der Träger beruflicher Bildung (BBB) und des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) in Verbindung mit weiteren Organisationen.

Der Weiterbildungstag als Öffentlichkeitsaktion für den quartären Bildungssektor, ist in der Trägerszene aber nicht unumstritten (siehe »Position« S. 88). Die Initiatoren sehen darin eine Chance, das breit gefächerte Programm der außerschulischen Bildung und ihre Infrastruktur bekannt zu machen. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für den diesjährigen Weiterbildungstag. Er wird – wieder unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten – am 26. September 2008 stattfinden. Auch zahlreiche Prominente wie ARD-»Tagesthemen«-Moderator Tom Buhrow oder Handball-Bundestrainer Heiner Brand unterstützten den Tag. Die Veranstalter wollen nach eigenem Bekunden »angesichts anhaltenden Fachkräftemangels und nach wie vor sinkender Ausgaben für Aus- und Weiterbildung auf die Bedeutung von Weiterbildung und lebenslangem Lernen aufmerksam machen.« Gerechnet wird mit einer hohen Aufmerksamkeit in den Medien und mit steigenden Teilnehmerzahlen. Die Träger und Einrichtungen der Erwachsenenbildung können entsprechende Vorhaben bei der Website des Weiterbildungstags anmelden.

Die E-Mail-Adresse für die Registrierung lautet: registration@deutscher-weiterbildungstag.de.

die jetzt wohl, mit einer leichten Stabilisierung, zu ihrem Endpunkt gekommen ist.

Mindestlohn

Dieser Gesamttrend, so DIE-Direktor Nuissl, sei für sich genommen noch nicht dramatisch, sondern gewinne seine eigentliche Brisanz erst durch den Vergleich mit anderen europäischen Ländern und mit den Grundsatzerklärungen der EU (z.B. zum Lissabon-Prozess). Vielleicht könnte man aber auch aus der nationalen Perspektive dramatische Trends entdecken. Ein Beispiel, das sich in die gesellschaftspolitische Debatte von Anfang 2008 einfügt, sei hier abschließend erwähnt: das Thema Mindestlohn. Am 31. März haben nämlich die Gewerkschaften Verdi und GEW gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband BBB (Bundesverband der Träger beruflicher Bildung) einen Antrag auf Aufnahme eines Mindestlohn-Tarifvertrags Weiterbildung in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (ArbEntG) gestellt. Der Antrag bezieht sich auf einen Tarifvertrag von 2007, der nicht die gesamte Weiterbildungsbranche erfasst, sondern nur das Segment der Arbeitslosenförderung. In diesem Bereich, der schwerpunktmäßig von Bundesagentur und ARGE nach SGB II bzw. aus Europaprogrammen über Kommunen oder Bundesländern finanziert wird, arbeiten ca. 40.000 Menschen, von denen etwa 23.000 tariflich gebunden sind.

Die Neuausschreibung der Maßnahmen hatte – das gehört mit zur offiziellen Sparpolitik – zu Preiseinbrüchen geführt. Erhebliche Einkommenseinbußen der Beschäftigten waren die Folge. Gehälter von weit unter 2.000 Euro brutto für qualifiziertes pädagogisches Personal sind keine Seltenheit mehr, meldet die GEW. In Sachsen-Anhalt seien mittlerweile Gehälter von 1.200 Euro für Vollzeitstellen in der Berufsvorbereitung bekannt geworden. Auch das ist die Realität der Weiterbildung Anno Domini 2008: Immer weniger Bildung für »bildungsferne«, »prekäre« Bevölkerungsgruppen – und wenn schon, dann sollen die Lehrenden in der Weiterbildung, die sowieso zu großen Teilen prekär beschäftigt sind, möglichst schlecht bezahlt werden!

Johannes Schillo

Qualifkikationsrahmen

In Arbeit

Erste Etappe abgeschlossen

Was ist ein Bildungs- oder Lernergebnis, das ich in einer pädagogischen Maßnahme erzielt habe, wert? Erhöht es meinen Qualifikationsstand? Kann ich die erworbenen Kompetenzen nachweisen, mit anderen, speziell europäischen Abschlüssen vergleichen und bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz oder bei der Aufnahme eines neuen Bildungsabschnittes geltend machen? Dies sind Fragen, wie sie sich typischerweise in abschlussbezogenen Bildungsgängen stellen. Für die Erwachsenenbildung waren sie bislang nicht maßgeblich, denn hier ist – noch – ein Bildungsverständnis leitend, das sich nicht am Output, sondern am lernenden Subjekt orientiert. Mit der Arbeit am Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) beginnt sich das zu ändern (vgl. »Qualifiziert durch Erwachsenenbildung« in EB 3/06).

EQR und NQR

Der Nachweis von Qualifikationen und Kompetenzen wird – ausgedrückt im Stichwort Beschäftigungsfähigkeit – immer wichtiger. Ja, die Bildungspolitik ist dabei, alle pädagogischen Anstrengungen an diesem Ziel zu orientieren. Sie arbeitet an einer tendenziellen Einebnung des Unterschieds von schulischem und außerschulischem Lernen, etwa durch die Formalisierung und Validierung nicht-formalen Lernens, also des Gesamtbereichs der Jugend- und Erwachsenenbildung. Der entscheidende Anstoß dazu kam von der europäischen Ebene mit dem EQR-Vorhaben: Die in Europa erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen sollen über ein gemeinsames Einstufungssystem transparenter und somit vergleichbarer werden, gleichzeitig geht es darum, die Mobilität von Arbeitnehmern in der EU und das lebenslange Lernen zu fördern.

Die erste Etappe ist inzwischen abgeschlossen. Die Bildungsminister der 27 EU-Staaten haben am 14. Februar 2008 in Brüssel mit den Empfehlungen zum Europäischen Qualifikationsrahmen ein System zur europaweit einheitlichen Bewertung von Bildung endgültig angenommen, nachdem sich vor drei Jahren die Staats- und Regierungschefs bei einer Tagung des Europäischen Rates auf das Erfordernis eines solchen Qualifikationsrahmens geeinigt hatten. Am 23. April wurden die EQR-Empfehlungen der Bildungsminister vom Europäischen Parlament und dem Rat offiziell verabschiedet.

Der EQR ist ein aus acht Stufen bestehender Katalog. Die Stufen reichen von grundlegenden, allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten (Stufe 1) bis zur Beherrschung eines hoch spezialisierten Wissensgebiets (Stufe 8). Die drei höchsten Niveaus entsprechen den im Zuge des europäischen Bologna-Prozesses definierten Hochschulabschlüssen Bachelor, Master und Promotion; sie können jedoch auch hochspezialisierte berufliche Qualifikationen erfassen. Mit der endgültigen Annahme des EQR stehen nun die Mitgliedstaaten der EU in der Pflicht: Sie müssen bis zum Jahr 2010 ihre nationalen Qualifikationssysteme an den Europäischen Qualifikationsrahmen koppeln. Ab 2012 sollen auch Zeugnisse und Diplome einen EQR-Verweis tragen.

Eine große Chance?

In Deutschland wird die Arbeit am NQR vom Bildungsministerium (BMBF) koordiniert. Der EQR und seine Umsetzung in einen Nationalen Qualifikationsrahmen bieten laut BMBF große Chancen, insbesondere für die duale Berufsausbildung und die

Anerkennung der in Deutschland erworbenen Fähigkeiten in den europäischen Nachbarstaaten. Der EQR stelle »den Rahmen, in den hinein Leistungen aus den jeweiligen nationalen Bildungssystemen abgebildet werden sollen. Das Ziel ist eine verbesserte Vergleichbarkeit und gegenseitige Anrechnung von Leistungen in den jeweiligen nationalen Bildungssystemen, auch wenn diese Bildungssysteme sehr unterschiedlich strukturiert sind.« (Quelle: www.bmbf.de) EQR und NQR sind demnach »Übersetzungs- und Transparenzinstrumente«, um auf europäischer Ebene Vergleichbarkeit zu schaffen.

Das BMBF geht davon aus, dass Deutschland im europäischen Vergleich sehr gute Voraussetzungen hat und die Leistungsfähigkeit seines Bildungs- und Ausbildungssystems unter Beweis stellen kann. Dafür müsste der Nationale Qualifikationsrahmen »den deutschen Besonderheiten von der allgemeinen über die berufliche bis hin zur Hochschulbildung gerecht werden«. Da andere Länder schon weitgehende Umsetzungsarbeiten an ihren nationalen Qualifikationsrahmen geleistet hätten, dränge die Zeit, wenn »Educated in Germany« zu einem Markenzeichen im europäischen Bildungsraum werden solle. Dies kann laut BMBF nur gelingen, wenn der Bund, die Länder und alle relevanten Akteure konstruktiv zusammenarbeiten.

Die Beteiligung der verschiedenen Akteure an der Erarbeitung des NQR ist also erklärtes Ziel von Bund und Ländern; ebenso soll eine breite Fachöffentlichkeit in die Diskussion einbezogen werden. Aus der Weiterbildungsszene hat es hierzu ja schon verschiedene Statements gegeben (siehe auch die Meldung zur politischen Bildung). Dabei hat sich einerseits herausgestellt, dass die bildungspolitische Debatte offen geführt wird und dass hier z.B. die Erwachsenenbildung mit ihrem Verständnis von personalen oder sozialen Kompetenzen Anschluss finden kann. Andererseits bleibt es bei den bildungspolitischen Bedenken, dass es bei EQR/NQR nicht nur um den Nachweis und die Validierung von Bildungsresultaten geht, sondern dass im Grunde eine neue Output-Orientierung ins Bildungswesen Einzug hält – auch in die Bereiche, die bislang einen anderen Status besitzen. Für die Erwachsenenbildung kann dies natürlich nicht heißen, dass sie sich von dem begonnenen Diskussionsprozess fernhalten sollte. Sie muss ihr Selbstverständnis und ihre spezifische Aufgabenstellung in diese bildungspolitischen Entscheidungsprozesse einbringen.

js

Hessen führt Qualifizierungsschecks ein

Hessen hat ein Acht-Millionen-Euro-Programm gestartet, mit dem die berufliche Weiterbildung gefördert werden soll. Ziel ist es, Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen ab 45 Jahren oder ohne Berufsausbildung in der ausgeübten Tätigkeit zusätzliche Anreize zur Fort- und Weiterbildung zu geben.

Es ist geplant, 16.000 sogenannte Qualifizierungsschecks auszugeben, wie es bereits seit einiger Zeit in ähnlicher Weise in NRW praktiziert wird (»Bildungsschecks«). Mit dem Scheck können 50 Prozent der Ausgaben für eine Weiterbildungsmaßnahme bis zu einer Höhe von 500 Euro übernommen werden.

Das Angebot gilt für Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen, die über 45 Jahre alt sind oder nicht über eine ausreichende Qualifizierung für die von ihnen ausgeübte Tätigkeit verfügen. Die Mittel für das bis 2013 laufende Förderprogramm stammen aus dem Europäischen Sozialfonds.

Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt es in hessischen kleinen und mittleren Unternehmen rund 470.000 Beschäftigte, die über 45 Jahre alt sind. Hinzu kommen rund 200.000 Beschäftigte ohne Abschluss in der ausgeübten Tätigkeit. Voraussetzung für den Erhalt eines Qualifizierungsschecks ist eine persönliche Bildungsberatung, die für die potenziellen Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer kostenlos ist. Als Ergebnis des Beratungsgesrächs werden Themen und Inhalte der beruflichen Weiterbildungsmaßnahme sowie die in Frage kommenden Weiterbildungsanbieter festgelegt. Am 14. Mai wurde der erste Qualifizierungsscheck ausgestellt. Weitere Informationen: www.qualifizierungsschecks.de.

Aktionsrat Bildung

Der Aktionsrat Bildung hat im März 2008 sein zweites Jahresgutachten vorgestellt. Demnach bereitet das deutsche Bildungssystem nur unzureichend auf die veränderten Anforderungen durch die Globalisierung vor. Prof. Dieter Lenzen, Vorsitzender des Aktionsrats, erklärte, dass sich durch die Globalisierung ganz neue Anforderungen an die Bildung ergäben: »Hierzu gehören in erster Linie der Umgang mit Komplexität und Unsicherheit. Fremdsprachliche und interkulturelle Kompetenzen gewinnen an Bedeutung.« Der Aktionsrat Bildung sieht Defizite im Vorschul-, Schul- und Hochschulbereich. Nachholbedarf gebe es auch beim lebenslangen Lernen. Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und Initiator des Aktionsrats, betonte: »Noch gehören wir zu den Globalisierungsgewinnern. Aber um diesen Vorsprung zu halten, müssen wir als rohstoffarmes Land deutlich mehr in Bildung investieren. Geringqualifizierte werden in Zukunft immer größere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben.« Der von der vbw initiierte Aktionsrat Bildung konstituierte sich im Jahr 2005 als ein politisch unabhängiges Gremium von Bildungsexperten. Mit seinem ersten Gutachten zur Bildungsgerechtigkeit hatte der Aktionsrat im vergangenen Jahr eine breite Debatte angestoßen. Weitere Informationen unter: www.aktionsrat-bildung.de.

Rund 143 Milliarden Euro für Bildung im Jahr 2006

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) wurden im Jahr 2006 in Deutschland 142,9 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben (2005: 141,6 Milliarden Euro). Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 6,2 % (2005: 6,3%).

Angaben über die Finanzierungsstruktur liegen für das Jahr 2005 vor. Danach wurden die Bildungsausgaben 2005 in Höhe von 141,6 Milliarden Euro zu gut 76 % aus den öffentlichen Haushalten (Bund: 8 %, Länder: 51 %, Kommunen: 17 %) und zu rund 24 % vom privaten Bereich und dem Ausland finanziert.

Mit 114,5 Milliarden Euro entfiel der größte Teil der Ausgaben im Jahr 2005 auf die Erstausbildung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie auf die duale Ausbildung. Die Ausgaben für Bildungsförderung und die Käufe der privaten Haushalte von Bildungsgütern lagen bei 13,1 Milliarden Euro.

Auf die Bereiche Weiterbildung, Jugendarbeit, Horte und dergleichen, die von der OECD, der Unesco und von Eurostat nicht in den internationalen Vergleich der Bildungsausgaben einbezogen werden, entfielen 14,0 Milliarden Euro.

Grundlage dieser Erhebungen sind die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zum Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, dem zahlreiche amtliche und nichtamtliche Datenquellen zugrunde liegen. Das Budget besteht aus einem international abgegrenzten Kernbereich und einem zusätzlichen Teil bildungsrelevanter Ausgaben in nationaler Abgrenzung.

Weitere Infos: www.destatis.de.

Die Landschaft der Weiterbildung 2007

Ergebnisse aus dem Projekt »Anbieterforschung«

Die Anzahl und Vielfalt der Weiterbildner mit offenem Angebot konnte erstmals näherungsweise bestimmt werden: Mehr als 17.000 Einrichtungen versorgen den Markt – die größten Gruppen sind singuläre, private, kommerzielle Anbieter. 56 % bieten berufliche Weiterbildung an, 6 % allgemeine Weiterbildung und 38 % beides. Das hat eine einmalige Aktion zur Anbieterforschung ergeben, bei der im Dezember 2007 in Kurzform einige Strukturmerkmale von allen Auskunftswilligen erfragt wurden. (Mehr Informationen zum Projekt findet man unter www.anbieterforschung.de.) Die Umfrage wurde im Rahmen des seit 2001 durchgeführten »wbmonitor« des BIBB / DIE ermittelt. Mit dem Projekt »Anbieterforschung« wurde die Grundgesamtheit der Weiterbildungsanbieter erstmalig umfassend zusammengestellt und auf Gültigkeit geprüft: Aus diversen Verzeichnissen, darunter über 70 Weiterbildungsdatenbanken, wurden rund 22.000 bereinigte Adressen möglicher Anbieter ermittelt und telefonisch oder online kontaktiert. Rund 13.000 erwiesen sich als »echte« Weiterbildungsanbieter. Weitere rund 4.000 Anbieter wurden nicht kontaktiert, weil sie BIBB und DIE bekannt waren.

Als Maß für die Größe der Anbieter wurde die Zahl unterrichteter Stunden erfragt. Rund zwei Prozent der Anbieter gaben mehr als 60.000 Stunden an. Die Hälfte der Anbieter erteilt jedoch nicht mehr als 1.260 Unterrichtsstunden; der Mittelwert liegt bei rund 7.000. Wird für eine grobe Schätzung des gesamten offenen 2007 genutzten Weiterbildungsvolumens in Deutschland dieser Wert mit 17.000 Anbietern multipliziert, ergeben sich 119 Millionen erteilte Dozentenstunden.

Aufgrund der hohen Umfragebeteiligung konnte die Dichte des Weiterbildungsangebots nach Bundesländern bestimmt werden. Dazu wurde die Anbieterzahl pro Land zur Einwohnerzahl im Erwerbsalter in Beziehung gesetzt. Mit Abstand die höchste Anbieterdichte haben Bremen und Hamburg. Relativ niedrig ist sie in den neuen Ländern, in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

Parallel zum ifo Klimaindex für die Wirtschaft ermittelt wbmonitor seit der Umfrage 2007 Angaben zur Lage und Entwicklung den »wbmonitor Klimaindex für die Weiterbildung«. Die Weiterbildungsbranche weist im Dezember 2007 mit einem Wert von 26 ein positives Klima auf. Die Lageeinschätzung ist gegenüber dem im Mai 2007 ermittelten Wert in der wbmonitor-Umfrage fast identisch und mit 33 Punkten ebenfalls optimistisch. Die Erwartung weiterer positiver Entwicklungen für die nächsten zwölf Monate liegt mit 19 Punkten gegenüber 25 Punkten in der kleineren Maiumfrage etwas niedriger.

Positive Beurteilung überwiegt

Bei allen Anbietergruppen überwiegt jedoch eine positive Lagebeurteilung. Besonders gut geht es kommerziellen, privaten Anbietern beruflicher Weiterbildung. Betrachtet man regionale Unterschiede, so zeigen sich in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in den traditionell wirtschaftsstarken südlichen Ländern Bayern und Baden-Württemberg besonders hohe Klimawerte.

Der Klimawert wird gemittelt aus gewichteten Salden zu wirtschaftlicher/haushaltsbezogener Lage der Einrichtungen und deren zukünftiger Entwicklung, die positiv, neutral oder negativ beurteilt werden können. Er kann

zwischen – 100 und + 100 schwanken und ist eine konzeptuelle Adaption des ifo Geschäftsklimaindexes. Dieser lag für den Dienstleistungssektor im Dezember 2007 bei 18.
Von den rd. 13.000 Umfrageteilnehmern im Projekt »Anbieterforschung« beantworteten rd. 6.000 die Fragen zur Berechnung des Klimaindexes und 6.600 machten Angaben zu Unterrichtsstunden.
Das Land mit dem niedrigsten Klimawert ist Bremen; dort ist die Erwartung, dass die Lage sich verbessern wird, kaum noch vorhanden. An der hohen Anbieterdichte scheint dies aber nicht zu liegen: Hamburg hat bei noch mehr Anbietern je Einwohner einen überdurchschnittlich positiven Klimawert.
Einen echten Abschwung vermutet eine leichte Mehrheit von Anbietern mit allgemeiner Weiterbildung als Schwerpunkt wie Volkshochschulen und Einrichtungen von Kirchen oder konfessioneller Verbände, denn deren Erwartungssaldo ist bereits ins Negative gerutscht.

Politische Bildung

Bundesausschuss berät über Entwicklung der Profession

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) kam am 17. April 2008 in Bonn zu seinem Frühjahrsplenum zusammen. In dem Ausschuss arbeiten die bundeszentralen Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, darunter auch die katholische Erwachsenenbildung, zusammen, koordinieren ihre Interessenvertretung und beraten regelmäßig über politische und pädagogische Entwicklungen, die die Profession betreffen. Vertreten sind hier zudem die Behörden und Ministerien, die mit der Bildungsförderung auf Bundesebene befasst sind.
Ein Thema der Mitgliederversammlung war der Neustart der Konzertierten Aktion Weiterbildung (KAW) als »Rat der Weiterbildung«, dessen Geschäftsführung unter dem neuen Vorsitzenden Prof. Rudolf Tippelt von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) wahrgenommen wird (vgl. EB 1/08). KBE-Geschäftsführer Markus Tolksdorf brachte beim bap die Hoffnung zum Ausdruck, dass sich die Rolle dieses wichtigen Koordinationsgremiums neu beleben lässt. Die Träger der politischen Bildung müssten hier ein Feld ihres Engagements sehen, betonte der bap-Vorsitzende Theo W. Länge, der an der Neugestaltung der KAW maßgeblich beteiligt war.

Schlüsselkompetenzen

Die Beratungen des bap widmeten sich vor allem der Frage nach den Schlüsselkompetenzen, die in der politischen Bildung vermittelt werden und die im Kontext der Arbeit an einem Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) eine prominente Rolle spielen (s.o.). Der Vorstand des Bundesausschusses hat dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Ende 2008 in der vom bap herausgegebenen Fachzeitschrift »Praxis Politische Bildung« erste Überlegungen vorstellen will. Bei der Mitgliederversammlung referierte zu dem Thema Prof. Christine Zeuner von der Universität der Bundeswehr Hamburg. Sie stellte das Beispiel Gerechtigkeitskompetenz anhand eines didaktischen Konzepts vor, das auf die gesellschaftlichen Grundkompetenzen bzw. Schlüsselqualifikationen von Oskar Negt zurückgeht.

Soziologische Phantasie

Negt hatte Mitte der 80er Jahre, unter Rückgriff auf seine bekannte Publikation »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen«, ein solches Konzept vorgeschlagen und damit dem eigenständigen Bemühen in der außerschulischen Bildung um die Kompetenzentwicklung wichtige Impulse gegeben. Zeuner stellte die Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeitsfrage an Materialien vor, die aus der Arbeit des Nell-Breuning-Hauses, Herzogenrath, hervorgegangen sind. Deutlich wurde hier allerdings auch, dass die neuere Diskussion um die Validierung und Valorisierung, um den Nachweis und die Operationalisierung von Kompetenzen andere Wege geht, als sie in der Erwachsenenbildung beschritten werden.
Beraten wurde ferner über die Beteiligung am zweiten deutschen Weiterbildungstag und über die Aktionstage der politischen Bildung, die der Bundesausschuss gemeinsam mit der Bundesbzw. den Landeszentralen durchführt. Diese Aktion, die 2008 zum vierten Mal stattfand, will eine öffentlichkeitswirksame Präsentation von Programmen und Institutionen der außerschulischen politischen Bildung leisten. Hier planen die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und die Robert-Bosch-Stiftung für 2009 ein Projekt, das »Young Professionals« aus Ost- und Mitteleuropa als Hospitanten in deutsche Weiterbildungseinrichtungen einladen soll und an dem sich die bap-Mitglieder beteiligen wollen. Weitere Themen der Versammlung waren die aktuelle Bildungs- und Förderungspolitik sowie ein Preis der politischen Bildung, den der Bundesausschuss 2009 ausloben will. Als neues Mitglied wurde der Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr e.V. in den bap aufgenommen.

Der Vorstand des bap hat außerdem eine Erklärung zu den Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung abgegeben (Auszüge siehe nächste Seite). Der Wortlaut der Erklärung wird in Praxis Politische Bildung 3/08 veröffentlicht. *js*

Stellungnahme des bap zu den Empfehlungen des Innovationskreises

Die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung heben den Wert der politischen Bildung als einen zentralen Baustein des Lebenslangen Lernens und damit der Weiterbildung in Deutschland hervor. Wir begrüßen und unterstreichen diese Einschätzung. Die politische Bildung spielt eine zentrale Rolle, da sie den Bürgerinnen und Bürgern hilft, die Komplexität unserer gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu verstehen, sich in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld wie auch im größeren Zusammenhang von Gemeinwesen und Staat zu positionieren, und sie dazu anregt, sich bürgerschaftlich in Fragen des Gemeinwesens und der Politik zu engagieren.

Das Konzept des Lebenslangen Lernens, wie es im Zuge der Umstrukturierung von Gesellschaft und Arbeitswelt entwickelt wurde, soll dazu dienen, Menschen in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbstbestimmt zu führen und sich am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen, und zwar im Sinne der Teilhabe an sozialen Gemeinschaften und im Sinne bürgerschaftlichen Engagements wie auch an politischer Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Ausgestaltung. Die Möglichkeiten, das dafür notwendige Wissen, die Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen zu erlangen, muss allen Bürgerinnen und Bürgern mit dem Zugang zu politischer Bildung eröffnet werden.

Wir brauchen ein umfassendes Bildungsverständnis.

Der Bundesausschuss Politische Bildung unterstreicht daher das Bildungsverständnis, das der Innovationskreis Weiterbildung in der Präambel seiner Empfehlungen umfassend definiert als Ressource für mehr Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Es ist wichtig und richtig, den Wert des Lernens nicht nur für berufliche Zwecke hervorzuheben, sondern auch für die Ausübung des bürgerschaftlichen Engagements und für die Persönlichkeitsentwicklung jedes Einzelnen. Allerdings wäre zu erwarten gewesen, dass diese Einsicht im Papier des Innovationskreises Weiterbildung durchgehend Berücksichtigung findet. Dies ist aber leider nicht der Fall. Denn obschon in der Präambel der Wert des Lernens für alle Lebensbereiche und nicht nur für die Förderung der Erwerbsfähigkeit herausgestellt ist, kommt diese Einsicht nur noch in wenigen der folgenden Empfehlungen zum Ausdruck. […]

Politische Bildung anerkennen, nicht zertifizieren.

Politische Bildung vermittelt notwendiges Wissen und erforderliche Kompetenzen für die soziale und politische Beteiligung und Integration aller Bürgerinnen und Bürger. Sie bietet sowohl geschützte wie öffentliche Räume, in denen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung unterstützt werden. Als nicht-formale Bildung ist sie damit teilnehmerorientiert und ergebnisoffen, kritisch und riskant, dem Prinzip folgend, dass Bildung Selbstbildung ist. Dem widerspricht eine standardisierte Lernzielorientierung und eine normierte Leistungsbeurteilung. Vielmehr geht es darum, dass in bürgerschaftlichem Engagement erworbene Fähigkeiten und Kompetenzen Anerkennung finden und sichtbar gemacht werden. Diese Form der Anerkennung ist meist wichtiger als eine »Zertifizierung« (Empfehlung 7, Punkt 4), die den pädagogischen Leitbildern formaler Bildung entspricht.

Politische Bildung für alle fördern.

Nicht-formale politische Bildung bietet mit ihrer Teilnehmer- und Nachfrageorientierung außerdem die Offenheit, diejenigen zu erreichen, die an herkömmlichen Bildungsangeboten kein Interesse zeigen, ja eher abgeschreckt werden. Sie setzt daher dort an, wo sich politische Fragen im Alltag jedes Einzelnen ausmachen lassen: in der Arbeitswelt, im alltäglichen sozialen Umgang, im Stadtviertel. Sie ist daher bestens geeignet, »neue Zugänge zum Lernen im Lebenslauf« (Präambel) zu schaffen und »Übergangsbarrieren« (Empfehlung 3) zu überwinden. Dabei richtet sich politische Bildung an alle Bürgerinnen und Bürger. Integration und Teilhabe sind ein Ziel nicht nur für Migrantinnen und Migranten sowie für sozial- und bildungsbenachteiligte Gruppen, deren Weiterbildungsinteresse zweifellos gestärkt werden muss, sondern auch für diejenigen, die in der Mehrheitsgesellschaft auf Integrations- und Teilhabewünsche der Betroffenen reagieren. Sie benötigen entsprechende interkulturelle und intersoziale Kompetenzen, um gemeinsam mit anderen für die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen gerechte und demokratische Lösungen zu finden.

(Siehe Auszüge aus den Empfehlungen auf Seite 90)

Neue katholische Bildungseinrichtung

Bei einem Festakt in der ehemaligen Zeche Zollverein in Essen ist die neu gegründete »Katholische Erwachsenen- und Familienbildung im Bistum Essen gGmbH (KEFB)« vorgestellt worden. Die bereits seit Anfang 2007 offiziell bestehende Gesellschaft vereinigt elf katholische Familienbildungsstätten und zehn Bildungswerke unter einem Dach und zählt damit zu den größten Bildungsträgern im Ruhrgebiet.

Die neu gegründete Gesellschaft soll die Bildungsarbeit im Bistum Essen unter einem Dach organisatorisch zusammenführen. Sie beschäftigt rund 120 hauptamtliche und mehr als 2.000 nebenamtliche Mitarbeiter. Die Bildungsarbeit der angeschlossenen Bildungsträger soll künftig eng vernetzt sein und sich bei Verwaltungsaufgaben abstimmen.

Aus der KBE

»Bildung ist ein Menschenrecht«

KBE-Mitgliederversammlung

Auf der Mitgliederversammlung der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) vom 26. bis zum 28. Mai in Straßburg erinnerte der Freiburger Weihbischof Prof. Dr. Paul Wehrle vor rund 60 Delegierten aus der gesamten Bundesrepublik an die kirchengeschichtlich und theologisch begründete Verantwortung der Kirche für die Bildung des Menschen. Dies gelte es auch angesichts knapper Kassen und pastoraler Umstrukturierungen wieder deutlicher in den Blick zu nehmen. »Bildung ist ein Menschrecht«, so mahnte der Weihbischof – und müsse daher eher gebündelt und profilierter als kirchlicher Dienst erkennbar gestaltet werden als sie durch Zergliederung in verschiedene Bereiche zu schwächen.
Dr. Bertram Blum, der Bundesvorsitzende der KBE, wertete dies als klare Ermutigung für das Anliegen des KBE-Vorstands, bei aller Vielfältigkeit und Verschiedenheit kirchlicher Erwachsenenbildung das Profil der gesamten Erwachsenenbildung zu schärfen: »Ob Bildungswerke oder Akademien, ob Familienbildungsstätten oder Häuser der politischen Bildung – wir müssen für unser gemeinsames Anliegen, die Bildung Erwachsener, gemeinsam auftreten und dürfen uns nicht mit Blick auf vordergründige Vorteile voneinander abgrenzen.« Die gewachsene Vielfalt katholischer Erwachsenenbildung sei nur dann als Reichtum zu werten, wenn sie das gemeinsame Profil in das plurale öffentliche Weiterbildungssystem in Deutschland einbringe, sagte Blum. Diese Profilschärfung habe sich der Bundesvorstand in der laufenden Amtsperiode zur Aufgabe gemacht.

Dem Tagungsort entsprechend war die Mitgliederversammlung der KBE inhaltlich vor allem vom Thema Europa geprägt.

Weihbischof Prof. Dr. Paul Wehrle und KBE-Vorsitzender Bertram Blum (li.)

Staatssekretär Thielen: Positive Signale für KAW

Im Mai 2008 trafen sich in Bonn Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Vorstands des Rates der Weiterbildung – KAW. Seitens des Ministeriums nahmen Staatssekretär Michael Thielen (MdB) und der Abteilungsleiter Dr. Stefan Luther an dem Gespräch teil, aus dem Vorstand des Rates der Weiterbildung Professor Dr. Rudolf Tippelt (LMU) und Markus Tolksdorf (KBE). »Das Ministerium hat uns zugesagt, über eine Einbindung des Rates der Weiterbildung – KAW bei der Umsetzung der Strategien zum lebenslangen Lernen nachzudenken«, sagte Tolksdorf nach dem Gespräch. Angesprochen wurden die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung, die geplante Kampagne der KAW zur Erhöhung der Weiterbildungsmotivation, Bildungsberatung, die Erhöhung der Durchlässigkeit und das geplante Projekt »Lernen vor Ort«.
Der Rat der Weiterbildung – KAW fasst die verschiedensten Träger der Weiterbildung in Deutschland zusammen. Träger der beruflichen, gewerkschaftlichen sowie der politischen Weiterbildung sind neben den konfessionellen Trägern und den Volkshochschulen, aber auch diversen privat organisierten Dachverbänden vertreten.

NRW: Zuschüsse erhöhen!

Die katholische Erwachsenenbildungseinrichtungen in NRW fordern mehr Landeszuschüsse für die Weiterbildung. Im Jahr 2009 müsse es 10 Millionen Euro zusätzlich geben, erklärte die Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenen- und Familienbildung (KEFB). Die Erhöhung sei zwingend notwendig, um die jährlichen Kürzungen in Höhe von rund 8 Mio. Euro auszugleichen. Der Landeszuschuss für Weiterbildung betrug zwischen 2004 und 2006 96 Mio. Euro. Für 2007 und 2008 sank der Betrag auf 88 Mio. Euro. Vor allem im ländlichen Bereich habe es einen Rückzug der Einrichtungen gegeben, kritisierte die KEFB.

Position

Markus Tolksdorf
Geschäftsführer der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)

Popularisierung

Von Popularisierung kann dann gesprochen werden, wenn Themen und Positionen in der Öffentlichkeit Zustimmung finden, wenn sie an »Beliebtheit« gewinnen, populär werden, wenn (schein-)komplexe Zusammenhänge auf einmal allgemein verständlich werden. Dabei ist immer die Gefahr mitzudenken, dass Vereinfachungen auch zu Verfälschungen des ursprünglich Gemeinten führen können, ja – über das Medium der Sprache solche Effekte auch bewusst herbeigeführt werden können, weil letztlich der populäre Begriff vom Inhalt ganz gelöst wird.
Was bedeutet das im Hinblick auf die aktuelle Situation der Erwachsenenbildung?
Erwachsenenbildung selber ist ein gutes Beispiel dafür, dass ein durchaus populärer Begriff noch gar nichts über den dahinterstehenden Inhalt aussagt. Die inhaltliche Füllung des Begriffs war offenbar in der Geschichte der Erwachsenenbildung schon immer schwer. Bis heute wurden und werden lieber andere Begriffe gesucht und erfunden, als ihn einmal inhaltlich zu füllen.

Allein die folgende Begriffskette macht das deutlich:
Erwachsenenbildung
Weiterbildung
Lernen
Live Long Learning
Lebenslanges Lernen
Lernen im Lebenslauf
Lebensbegleitendes Lernen
…
Es kann leicht der Eindruck entstehen, der Einfallsreichtum zum Erfinden neuer Begriffe stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verweigerung seiner inhaltlichen Definition.
Dass es sich dabei aber keinesfalls nur um begriffliche Spielereien handelt, dafür seinen hier zwei aktuelle Beispiele beklagt:
In diesem Heft macht Ralf Bergold als Mitglied des Innovationskreises (auch ein populärer Begriff) Weiterbildung prägnant auf das Neue der Empfehlungen dieses Kreises aufmerksam, das u.a. in der Aufgabe der »Versäulung« des Lernens besteht, das (sehr populär) mit der Forderung nach »bildungsbereichsübergreifenden« Ansätzen bildungspolitisch untermauert wird.
Schaut man dann in eine aktuelle Ausschreibung des Ministeriums für Bildung und Forschung, mit der Projekte zur »Entwicklung von Professionalität des pädagogischen Personals in Bildungseinrichtungen« gefördert werden sollen, reibt man sich doch einigermaßen verwundert die Augen, wenn ausdrücklich Vorhaben ausgeschlossen werden, die sich mit dem »Personal von Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung« befassen wollen. Der Eindruck eines bildungspolitischen Ausblendens der allgemeinen Erwachsenenbildung verstärkt sich somit.

Ein zweites Bespiel:
Mit viel Aufwand und schwergewichtiger politischer Unterstützung wird in diesem Jahr der 2. Weiterbildungstag durchgeführt, mit dem Ziel, »Lebenslanges Lernen und Weiterbildung« zu fördern. Den Verantwortlichen wäre zumindest für künftige Aktionen zu wünschen, erst die populären Begriffe zu klären und dann auch alle in dieses Feld mitprägenden Akteure von Anfang an einzubinden. So bleibt der fahle Geschmack eines populären Marketingevents für die berufliche Bildung unter Ausschluss der allgemeinen Erwachsenenbildung. Der Blick auf die Federführenden dieser Aktion ist durchaus Anlass, sich darüber zu sorgen, was derzeit weder populär noch opportun scheint.

Von Personen

Nach fast 20 Jahren als Direktor scheidet **Herman Josef Heinz** als Leiter des Bildungswerks der Erzdiözese Freiburg aus. Sein Nachfolger wird **Matthias Berg**, Leiter des Bildungszentrums Freiburg und stellvertretender Direktor des Bildungswerks.

Helga Conzen (44), Leiterin des Katholischen Forums für Erwachsenen- und Familienbildung Düren-Eifel, ist neue Sprecherin der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung. In den Vorstand wurden auch die Leiterin der Familienbildungsstätte Dülmen im Katholischen Bildungsforum im Kreisdekanat Coesfeld, **Irmgard Neuss**, sowie die Leiterin der Katholischen Familienbildungsstätte Essen, **Annedore Fleischer**, gewählt. Ergänzt wird das Team durch die stellvertretende kfd-Bundesvorsitzende **Ute Schröder** und durch den Geistlichen Beirat, **Pater Dominik Kitta**.

Betriebswirtschaft

Nach Abschluss des dreijährigen Projekts »Betriebswirtschaftliche Kompetenz für pädagogische MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung« der KBE, durchgeführt von der Akademie Klausenhof, ist jetzt der 392 Seiten starke Abschlussbericht als Arbeitsbuch erschienen. Die Autoren erklären Themen wie Rechnungswesen, Kostenrechnung, strategisches Management oder Marketing und geben praktische Tipps und Anleitungen.
Bestellungen: W. Bertelsmann Verlag, www.wbv.de